

Die institutionelle Festigung und Erweiterung der Schicksals- und Wertegemeinschaft bedarf lebendiger Impulse

Europa – Herausforderung und Symbol

Hans-Gert Poettering

Vor wenigen Wochen, am 5. Mai, haben wir den fünfzigsten Jahrestag der Robert-Schuman-Erklärung in der Europäischen Union gefeiert. Als Robert Schuman in seiner Eigenschaft als französischer Außenminister vor fünfzig Jahren Deutschland und den anderen europäischen Ländern vorschlug, eine Gemeinschaft friedlicher Interessen zu gründen, vollzog er einen historischen Akt. Denn der Schuman-Plan ist der Ausgangspunkt zur Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft und der europäischen Integration geworden. Es wurde eine neue Architektur für Europa geschaffen. Der entscheidende Satz war: „Durch die Zusammenlegung der Basisproduktionen und die Einrichtung einer hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die sich anschließenden Länder verbindlich sind, werden die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation geschaffen, die unerlässlich ist für die Wahrung des Friedens.“ Diese Grundidee stammte von Jean Monnet, der in enger Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi die Schuman-Erklärung vorbereitet hatte. Diese Erklärung sollte nicht nur die Überwindung des Hasses und die Befreiung von der Last der Vergangen-

heit ermöglichen, sondern auch einen neuen Prozess internationaler Beziehungen einleiten, indem den geschichtlich gewachsenen Nationen vorgeschlagen wurde, durch die gemeinsame Ausübung ihrer Souveränität denjenigen Einfluss zurückzugewinnen, den keine Nation von ihnen allein wieder finden konnte.

In Europa herrschte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Wunsch nach Frieden und Sicherheit, nach einem demokratisch verfassten Europa als Alternative zur abgelehnten nationalistischen Herrschaft und nach Freiheit und Mobilität.

Der Schuman-Erklärung vorausgegangen war bereits die „Züricher Rede“ von Winston Churchill im September 1946, in welcher er seine Vision von den „Vereinigten Staaten von Europa“ darlegte. Und vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts erhielt die sich 1948 organisierende Europäische Bewegung starken Auftrieb. Auf dem Europa-Kongress in Den Haag im Mai 1948, an welchem auch Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer und Paul-Henri Spaak teilnahmen, wurde eine „Politische Erklärung“ abgefasst. In dieser wurden der politische und wirtschaftliche Zusammenschluss der euro-

päischen Staaten unter begrenzter nationaler Souveränitätsaufgabe und die Gründung des Europarats, welche dann am 5. Mai 1949 erfolgte, gefordert.

Auf der Grundlage der Schuman-Erklärung wurde schließlich am 18. April 1951 der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet, und es folgten sechs Jahre später die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, auf welcher wir heute aufbauen, findet also ihre Grundlage in der Hoffnung, dass nie wieder passieren darf, was geschah. Die Sehnsucht nach Frieden auf dem Kontinent war groß, und Schuman, Monnet, de Gasperi und Adenauer hatten die Blutspur quer durch Europa und die Möglichkeit eines weiteren Krieges als Schreckensvision vor Augen. Deswegen sollte das Vertrauen zwischen den Völkern wiederhergestellt werden, insbesondere zwischen den Erbfeinden Frankreich und Deutschland.

Im Rückblick vollzog sich einer der vielen kleinen Schritte der wirtschaftlichen Einigung, an deren Ende die Wirtschafts- und Währungsunion steht, aber aus der Sicht der damaligen Zeit war der Schritt vom Schuman-Plan hin zu den Römischen Verträgen von 1957 ein mutiger mit ungewissem Ausgang.

Christlich-antike Wurzeln

Sicherlich liegen aber die Entwicklungslinien europäischer Integration weit hinter den genannten Ereignissen. Václav Havel formulierte am 8. März 1994 vor dem Europäischen Parlament zutreffend: „Die Europäische Union beruht auf einem großen Ensemble zivilisatorischer Werte, deren Wur-

zeln zweifellos auf die Antike und das Christentum zurückgehen und die sich durch zwei Jahrtausende hindurch zu der Gestalt entwickelt haben, die wir heute als Grundlagen der modernen Demokratie, des Rechtsstaates und der Bürgergesellschaft begreifen.“ Somit vereint Europa neben der Philosophie der Griechen und dem Gedanken der römischen Freiheit das Rechtssystem der Römer. Darüber hinaus steht es für den unverzichtbaren Gedanken der Ordnung, für die Ethik des Christentums und den übergeordneten Gedanken der Menschenwürde.

Schicksalsgemeinschaft

Aufbauend auf diesen geschichtlichen Wurzeln hat Europa die von Václav Havel genannten Werte im Laufe der Geschichte entwickelt und in der ganzen Welt verbreitet. Und vor dem Ersten Weltkrieg keimte die Hoffnung, dass individuelle Bildung und europäische bürgerliche Kultur ein gemeinsames „Haus Europa“ schaffen würden, und man hoffte auf den dauerhaften Frieden unter den zivilisierten Völkern. Die Menschen waren neugierig auf die Welt, auf die beginnende Mobilität und auf den erwachenden Gemeinschaftsgeist der europäischen Jugend. Es zog die Menschen aus aller Welt nach Europa, und von Europa selbst zog ein neuer und dem Tempo der Modernisierung angemessener Lebensrhythmus in die Welt sowie ein neues Zeit- und Raumgefühl.

Aber Europa hat auch seine eigenen Werte nicht nur immer wieder infrage gestellt, sondern sogar gegen sie verstoßen. Immer wieder wurde unser Kontinent von hemmungslosem Nationalismus, Imperialismus, Totalitarismus und entsetzlichen Kriegen, zuletzt von den zwei schrecklichen Weltkrie-

Europa – Herausforderung und Symbol

gen, überzogen und an den Rand des Abgrunds gebracht. Insofern ist Europa nicht nur eine Werte-, sondern auch eine Schicksalsgemeinschaft. Deswegen gilt es umso mehr, den nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagenen Weg zu einer friedlichen und freiheitlichen Zukunft unseres Kontinents konsequent fortzusetzen, die Vision vom unteilbaren Europa, von europäischer Solidarität, von der europäischen Einheit in von nationaler Kulturtradition bestimmter Vielfalt und von der gemeinsamen Verantwortung für Europa Wirklichkeit werden zu lassen. Denn Europa ist und bleibt auch jetzt am Anfang des 21. Jahrhunderts mehr als nur eine geografische Bezeichnung auf der Landkarte. Europa steht für unsere gemeinsam erlebte und erlittene Geschichte, für die uns prägende Lebenserfahrung und gestaltete Kultur.

Zivilisatorische Bedeutung

Auch in diesem neuen Jahrhundert gilt, was Wladyslaw Bartoszewski, der damalige polnische Außenminister und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels von 1986, im Deutschen Bundestag am 28. April 1995 formulierte: „In der Geschichte der Völker und Staaten dieses Kontinents hat der Begriff „Europa“ eine zivilisatorische Bedeutung angenommen. Er wurde zu einem kollektiven Symbol von fundamentalen Werten und Prinzipien. Europa, das bedeutet vor allem Freiheit der Person, der Menschenrechte – politische und ökonomische. Das ist eine demokratische und von Bürgern getragene Ordnung. Das ist der Rechtsstaat. Das ist die effektive Wirtschaft, die sich auf individuelles Unternehmertum und Initiative stützt. Gleichzeitig ist es die Reflexion über das Schicksal der Menschen und die moralische Ordnung, die den jü-

disch-christlichen Traditionen und der unvergänglichen Schönheit der Kultur entspringt.“

Selbstverständlich sollte sein, dass Europa viel größer ist als die Europäische Union an sich. Schließlich gehören die Länder Mittel- und Osteuropas, auch wenn sie noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, zum Kern Europas, zu welchem sie zurückkehren, nachdem sie Jahrzehnte hinter dem „Eisernen Vorhang“ verbringen mussten. Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist diese schließlich immer dafür eingetreten, ein friedliches, einheitliches und demokratisches Europa auf dem ganzen Kontinent zu schaffen. Deswegen ist die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas für die nächsten Jahre eine der wichtigsten politischen Notwendigkeiten. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Beitrittsprozess sich verlangsamt, wovon aber in letzter Zeit immer häufiger die Rede ist. So konnte man in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 5. Mai folgenden Satz nachlesen: „Die Idee der Osterweiterung ist bei den ‚Alt-Europäern‘ weitgehend abgestorben.“ Dieser Satz verdeutlicht den Stimmungsumschwung in Bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union. Denn es rücken verstärkt die Kosten in den Vordergrund und die politische Dimension in den Hintergrund.

**Verlangsamung und
Gestaltungsschwäche**

Auch wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder beteuert, dass Deutschland weiterhin die Osterweiterung der Europäischen Union wolle und der Anwalt für die Länder im Osten bleibe, gehen doch Führungskraft und europäischer Gestaltungswille leider von ihm nicht aus wie früher von Altbundes-

kanzler Helmut Kohl. Deutlich wurde dieses wieder beim deutsch-polnischen Treffen in Gnesen Ende April, als gemeinsame Visionen zwar ein weiteres Mal beschworen wurden, aber auch Widersprüche in Bezug auf die Beantwortung der Frage, wann ein Beitritt Polens ernsthaft in Erwägung zu ziehen ist, klar wurden. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Marcin Konrad Lipnicki in dieser Ausgabe.)

Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind von dieser Entwicklung natürlich enttäuscht und teilweise verbittert. Sie unterziehen sich schon seit Jahren mit viel politischem Mut gewaltigen Strukturreformen. Auch wenn einige wenige Bewerberländer in ihren Reformbemühungen nachlassen und es deswegen den Bedenkenträgern einfach machen, von einer Verschiebung der Osterweiterung zu reden, dürfen sich die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas insgesamt nicht vom Westen hingehalten fühlen. Letztlich steht mit der Osterweiterung auch die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union auf dem Spiel.

Voraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union ist eine tief greifende institutionelle Reform der Europäischen Union selbst und deswegen auch der erfolgreiche Abschluss der gerade stattfindenden Regierungskonferenz. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union müssen Hand in Hand gehen, und die Erweiterung der Europäischen Union darf nicht wegen einer möglichen Verzögerung der institutionellen Reform verschoben werden.

Umfassende Reform

Die Reform der Europäischen Union im Rahmen der Regierungskonferenz 2000 muss eine umfassende sein und darf nicht als „Mini-Reform“ enden. Insofern muss bei

der Regierungskonferenz 2000 nicht nur über die drei „left-overs“ des Amsterdamer Vertrags gesprochen werden (Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, Neugewichtung der Stimmen von großen und kleinen EU-Staaten und die Neufestlegung der Zahl der Kommissare), sondern zum Beispiel auch über die verstärkte Zusammenarbeit. Entscheidend ist auch die Ausweitung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments, das damit seine Rolle als Mitgesetzgeber voll übernehmen kann. Weiter gehört zu einer erfolgreichen Reform, dass die Europäische Union eine eigene Rechtspersönlichkeit erhält und damit zum Beispiel eigenständig im Rahmen von internationalen Organisationen vertreten sein kann. So haben die WTO-Verhandlungen in Seattle deutlich gemacht, dass die Europäische Union im internationalen Rahmen eine stärkere Position hätte, wenn sie mit einer Stimme vertreten wäre. Schließlich muss das Europäische Parlament das Recht zur Ratifizierung von Vertragsänderungen erhalten.

In den letzten Wochen ist wieder die Debatte um ein „Kerneuropa“ aufgekommen, welche schon einmal 1994 von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers angestoßen wurde. Beide hatten vorgeschlagen, dass angesichts der Gefahr eines Auseinanderdriftens der europäischen Staaten ein Kern von fünf oder sechs besonders handlungs- und integrationsfähigen Ländern der Europäischen Union weiter gefestigt werden sollte. Aufgabe dieser Gruppe müsse sein, „erkennbar gemeinschaftsorientierter zu handeln als andere und gemeinsame Initiativen einzubringen, um die Union weiterzuentwickeln“. Zwar gab es vor sechs Jahren viel Aufregung um diese Debatte, doch keine institutionellen Folgen. Insofern ist es interessant, dass diese Debatte von unter-

Europa – Herausforderung und Symbol

schiedlichster Seite positiv wieder aufgenommen und fortgeführt wird. Fest steht, dass die Europäische Union eines Tages eine große Mehrheit europäischer Staaten umfasst. Dabei muss ihre Handlungsfähigkeit erhalten bleiben. Insofern kommt eine besonders enge Zusammenarbeit derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders handlungs- und integrationsfähig sind, in Betracht, die aber innerhalb der europäischen Strukturen angesiedelt sein sollte. So könnte die Dynamik des Einigungsprozesses der immer größer werdenden Gemeinschaft gesichert werden. Insgesamt muss das Ziel bleiben, dass alle Länder der Europäischen Union in die gleiche Richtung gehen.

Erhöhung der Wahrnehmbarkeit

Diese schwierige Lage, in der wieder ernsthaft und vertieft über die Aufgabenteilung und das System der verschiedenen Verantwortungen in der Europäischen Union nachgedacht wird, ist insgesamt als Chance zu sehen. Denn die Europäische Union muss – nicht nur wegen der anstehenden Osterweiterung – an Transparenz, an Wirksamkeit und an Demokratie gewinnen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger zu „Europa“ bekennen können. Die Wahrnehmung der Kompetenzen durch Brüssel erscheint als fast undurchschaubar und die europäischen Institutionen ohne hinreichende parlamentarische Kontrolle und Rechenschaftspflicht. Von außen betrachtet können die vorhandenen Prinzipien der Gewaltenteilung der europäischen Organe kaum wieder erkannt werden. Es wird eine Kluft zwischen den europäischen Institutionen und der Gesellschaft empfunden, die gerade durch das Europäische Parlament

als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union überbrückt werden muss.

Dazu gehört auch eine Abgrenzung darüber, welche Ebene – Kommune, Region, Nationalstaat und Europäische Union – welche Aufgabe erfüllt, also eine klare Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Das Thema der Subsidiarität ist im Kern eine Verfassungsfrage. Deswegen ist ein europäischer Verfassungsvertrag notwendig, der zu mehr Transparenz und Demokratie führt und durch den die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen zu den europäischen Institutionen finden.

Unser Ziel ist eine handlungsfähige, starke und demokratische Europäische Union, die sich gründet auf föderale Prinzipien. Die Europäische Union soll kein Superstaat werden, sondern wir wollen ein bürgernahes Europa, in dem die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Gemeinden und Landkreise nicht durch Brüssel, Bonn oder Berlin eingeschränkt werden darf. Deswegen soll die Europäische Union nur dort handeln, wo die einzelnen Nationen zu klein geworden sind. Wo aber die Europäische Union zuständig sein muss – wie zum Beispiel im Bereich der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik –, muss sie auch die notwendigen Instrumente und Verfahren zur Problemlösung erhalten.

Gerade angesichts der Ereignisse auf dem Balkan dürfen wir nicht nachlassen in unserem Bemühen, dafür zu sorgen, dass Demokratie, Schutz der Menschenrechte, wirtschaftlicher Fortschritt und Frieden auf dem ganzen europäischen Kontinent herrschen und nicht nur in den Grenzen der Europäischen Union. So hat nicht nur diese, sondern ganz Europa im 21. Jahrhundert alle Möglichkeiten für eine gute Zukunft!